

# BUCHBESPRECHUNGEN

## Wettbewerbsordnung oder Vollbeschäftigungspolitik?

- 1) *Karl Friedrich Maier, Das Verlangen nach sozialer Sicherheit, in: Ordo, Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, 3. Band, Godesberg 1950, S. 19 ff.*
- 2) *Nationale und internationale Maßnahmen zur Vollbeschäftigung.* Bericht einer Gruppe von Sachverständigen, die vom Generalsekretär der Vereinten Nationen ernannt wurde. Deutsche Übersetzung, bearbeitet vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften, Köln. Bund-Verlag Köln 1950.
- 3) *Rolf Wagenführ, Der Weg zur Vollbeschäftigung.* Eine allgemeinverständliche Einführung. Bund-Verlag Köln 1950.

Man wird an das Wort von den „terribles simplificateurs“ erinnert, wenn man den Beitrag von Karl Friedrich Maier über „das Verlangen nach sozialer Sicherheit“ im neuen Bande des „Ordo“ liest. Ganz im Sinne der Alternativhaltung jener Gruppe neuliberaler Autoren, die sich in dem genannten Jahrbuch ein Sprachrohr für die Öffentlichkeit geschaffen hat, werden hier die Probleme durch Schwarz-Weiß-Malerei doch wohl etwas zu sehr vereinfacht dargestellt. So behauptet z. B. Röpke, es bestehe eine strenge Ausschließlichkeit der Wahl zwischen Markt- und Kommandowirtschaft: ein Drittes könne es ebenso wenig geben, wie eine Tür anders als offen oder geschlossen sein kann. („Civitas Humana“, 2. Aufl., Erlenbach, Zürich 1946, S. 38.) Ebenso schreibt Eucken: „Ein Entweder-Oder besteht“, schließlich bleibe „nur die Wahl zwischen zentralverwaltungswirtschaftlicher Lenkung wesentlicher Teile des Wirtschaftsprozesses und der Wettbewerbsordnung“. („Die Wettbewerbsordnung und ihre Verwirklichung“, in Ordo, Bd. 2. Godesberg 1949, S. 22).

Das Streben nach sozialer Sicherheit, so führt Maier aus, sei eine der stärksten Triebkräfte beim Zustandekommen unserer modernen Wirtschaftsordnungen: der Zentralverwaltungswirtschaft und der „Abschirmungswirtschaft“ (gemeint ist die monopolkapitalistische Wirtschaft). Die letztere versuche, durch Bildung von Machtgruppen und Abschirmung gegen unerwünschte Veränderungen der Umwelt Sicherheit für ihre Mitglieder zu erlangen. Diese Methode habe jedoch für die Sicherheit nur eine negative Wirkung: sie erfordere unzählige Eingriffe des Staates und eine freiheitsbedrohende Bürokratie. Das Bild dieser Art von Verkehrswirtschaft zeige manche der Zentralverwaltungswirtschaft verwandte Züge und die deutliche Tendenz ihrer Verstärkung.

Die Zentralverwaltungswirtschaft, unter der offenbar - im Sinne jener Alternativhaltung - alle lenkungswirtschaftlichen Ordnungen verstanden werden, verspreche zwar den Massen soziale Sicherheit, fährt Maier fort, könne aber die Bedingungen hierfür - Freiheit, maximale Leistung des Systems und gleichmäßige Verteilung - nicht verwirklichen. Freiheit des einzelnen und gleichmäßige Verteilung des Sozialprodukts, so wird behauptet, scheiterten an der totalen Machtkonzentration. Das sind nun keineswegs neue Argumente, geradezu antiquiert wirkt aber die Begründung der geringeren Leistungsfähigkeit durch mangelnde Wirtschaftsrechnung; ein Argument, welches seine Lebenskraft eigentlich nur der Tatsache verdankt, daß seine Verfechter sich seit nunmehr bald 30 Jahren krampfhaft bemühen, an den völlig veränderten Auffassungen der Sozialisten in der Wirtschaftsordnungsdiskussion vorbeizusehen.

Vor diesen düsteren Kulissen eines freiheits- und sicherheitsvernichtenden Systems erstrahlt nun der Ausweg einer neuliberalen Wettbewerbsordnung um so heller. Sie allein sei imstande, behauptet Maier, den höchstmöglichen Grad sozialer Sicherheit zu bieten, da sie sowohl Freiheit und höchste Leistungsfähigkeit als auch genügend gleichmäßige Verteilung gewährleiste. Der Lösung des Sicherheitsproblems würden Vorratsbildung des einzelnen, in Wettbewerb stehende Versicherungen und - als Ergänzung - eine staatliche Wohlfahrtsorganisation dienen.

Nun erkennt aber auch Maier, daß die Erreichung der genannten Ziele nur bei Vorhandensein bestimmter Voraussetzungen möglich ist, nämlich Verhinderung oder Kontrolle von Machtgruppierungen, Verhinderung oder doch starke Reduzierung der Konjunkturschwankungen und eine genügend ungleichmäßige Verteilung. Nun ist eine Konfrontierung „genügend gleichmäßiger“ und „genügend ungleichmäßiger“ Verteilung als Bedingung sozialer Sicher-

heit wenig sinnvoll. Es handelt sich ja in Wirklichkeit um nichts weiter als um die Frage: Wie weit kann in einem marktwirtschaftlichen System ohne Gefährdung seiner Antriebskräfte eine Umleitung von Einkommensteilen, vorgenommen werden? Die Ansicht Maiers, daß für die Erfüllbarkeit dieser Voraussetzung einer genügend ungleichmäßigen Verteilung gute Hoffnung bestehe, kann man voll unterschreiben. Ja, wir können getrost noch einen Schritt weitergehen und behaupten, daß sie die einzige Voraussetzung der Wettbewerbsordnung ist, die bisher und nicht erst seit heute - realisiert worden ist.

Wesentlich anders ist es mit den beiden ersten Voraussetzungen bestellt. Man kann Maier voll zustimmen, wenn er eine große Gefahr darin sieht, "daß unbalancierte Macht, welche die Freiheit und damit die Sicherheit bedroht, durch die Hintertür der Monopolkontrolle sich einschleicht, nachdem sie eben durch die Vordertür der Monopolmacht entfernt worden war" (S. 25). Das ist aber keineswegs die einzige und noch nicht einmal die größere Gefahr in diesem Ordnungsbild. Fast noch wichtiger ist die Frage, ob ein solches Monopolamt überhaupt gegen die außerordentlich starken Eigentumsinteressen der betroffenen Kreise realisiert werden kann. Der Anschauungsunterricht, der uns seit längerem durch die weitgehend vom Neoliberalismus inspirierte Wirtschaftspolitik Westdeutschlands mit ihren Monopolgesetzentwürfen erteilt wird, ist in dieser Beziehung alles andere als ermutigend.

Noch weniger Hoffnung besteht aber für die Verwirklichung der zweiten Voraussetzung: Glättung der Konjunkturschwankungen. Da ihre Ursachen nicht nur monetärer Natur sind, ist auch das Maier vorschwebende Heilmittel eines automatischen Währungssystems nach Art der Grahamschen „Warenreservewährung" wohl nicht ausreichend, sie entscheidend zu reduzieren. Diese dem marktwirtschaftlichen System immanenten Schwankungen dürfte auch eine neuliberale Wettbewerbsordnung nicht verhindern können; das verkennen zu wollen, wäre eine harmonistische Illusion.

Nach diesen Überlegungen scheint es keineswegs so gewiß, daß die neuliberale Wettbewerbsordnung den „höchstmöglichen Grad sozialer Sicherheit" zu bieten vermag. Überhaupt scheint uns die alternative Fragestellung Maiers unfruchtbar. Die in der Wirklichkeit vorzufindenden vielfältigen und weitgehend nuancierten Ordnungen mit ihren mannigfachen Mischformen passen nicht in seine Schablone des „Entweder-Oder". Seine Gegenüberstellung von Zentralverwaltungswirtschaft und neuliberaler Wettbewerbsordnung erinnert an Wilhelm Röpkes Alternative: "Kollektivismus oder Neoliberalismus". Umgreift Maier mit dem Begriff "Zentralverwaltungswirtschaft" alle lenkungswirtschaftlichen Ordnungen, wie nach der neuliberalen Lehre von der „Unvereinbarkeit" eines demokratischen Sozialismus mit menschlicher Freiheit wohl anzunehmen, so muß einer solchen Vergrößerung eine richtige Erkenntnis versagt bleiben. Beschränkt er den Begriff jedoch auf eine totale Planwirtschaft, was aus seinen Ausführungen nicht eindeutig zu entnehmen ist, so ist seine Auseinandersetzung mit jener von nur geringer Aktualität.

Fruchtbarer wäre es dann gewesen, der neuliberalen Lösung des Sicherheitsproblems durch eine Wettbewerbsordnung den mittleren Lösungsversuch des demokratischen Sozialismus gegenüberzustellen, der unter grundsätzlicher Beibehaltung funktionsfähiger Bereiche der Marktwirtschaft sich mit einer vorplanenden Lenkung um die Koordination der nach unterschiedlichen Prinzipien geordneten einzelnen Sektoren zu einem Ganzen der Volkswirtschaft bemüht. Einer wirksamen Monopolkontrolle wird hier durch Überführung des Monopoleigentums in dezentralisiertes Gemeineigentum der Boden bereitet, während die Gewährleistung sozialer Sicherheit das Ziel der Vollbeschäftigungspolitik ist, die durchaus folgerichtig zu einer der wichtigsten Forderungen auch der Gewerkschaften geworden ist.

Die recht umfangreiche zur Vollbeschäftigungsfrage bereits vorliegende Literatur ist neuerdings durch zwei bemerkenswerte Schriften erweitert worden, den "UN-Bericht" und eine allgemeinverständliche Zuführung in das Vollbeschäftigungsproblem von Rolf Wagenführ unter dem Titel: „Der Weg zur Vollbeschäftigung". Die in den Artikeln 55/6 der Charta der Vereinte Nationen dargelegte Verpflichtung zur Vollbeschäftigung, so heißt es in dem UN-Bericht, "beruht auf der Überzeugung, daß die Vollbeschäftigung in jedem der verschiedenen Wirtschaftssysteme aufrechterhalten werden kann und muß, unter denen die Länder leben wollen, obgleich das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte nicht ausreichen mag, dieses Ergebnis herbeizuführen" (S. 21). Die Hauptursache der Arbeitslosigkeit in den Industrieländern sieht der Bericht in der „Unzulänglichkeit und Unstabilität der effektiven Nachfrage" (S. 33). Mit eindringlicher Klarheit werden sodann die wirtschaftspolitischen Mittel zur Erreichung der Vollbeschäftigung untersucht, wie Stabilisierung des Investitionsniveaus, Einflußnahme auf das allgemeine Niveau der Verbrauchernachfrage durch

einkommens- und finanzpolitische Maßnahmen, Stabilisierung des Geldwertes u. a. Ein besonderes Verdienst des genannten Berichts ist es, daß er die Vollbeschäftigungsfrage aus der Ebene national-wirtschaftlichen Denkens heraushebt und ihr mit der Einbettung in den großen Rahmen internationaler Beziehungen und Notwendigkeiten ihre große Bedeutung für die Neuordnung der Welt bescheinigt. Nur durch ständige Abstimmung aller Maßnahmen der grundsätzlich eine Vollbeschäftigung erstrebenden einzelnen Volkswirtschaften kann das große Ziel der Stabilisierung zwischenstaatlicher Beziehungen erreicht werden.

Auch Wagenführ zeigt in seiner einführenden Schrift den Weg, den eine künftige Vollbeschäftigungspolitik zu gehen hat. Hebung der effektiven Nachfrage zur Bekämpfung der konjunkturellen Arbeitslosigkeit durch finanzpolitische, investitionspolitische und verbrauchspolitische Maßnahmen, spezifische Maßnahmen - insbesondere durch Lenkung der Investitionen - zur Reduzierung der strukturellen Arbeitslosigkeit sind die Marksteine auf diesem Wege.

Vergleichen wir einmal die neuliberale Lösung des Problems der sozialen Sicherheit durch Schaffung einer Wettbewerbsordnung mit derjenigen des demokratischen Sozialismus einer Sicherung des Arbeitsplatzes durch Vollbeschäftigungspolitik, so erscheint der erstere an Ungewisse Bedingungen geknüpfte und unter Realisierungsschwierigkeiten leidende Vorschlag nicht besonders schmackhaft. Er wird auch dadurch nicht verlockender, daß man sich von neuliberaler Seite bemüht, den Weg der Vollbeschäftigungspolitik als „gefährlichen Seitenpfad“ zu geißeln, der in den "breiten Irrweg des Kollektivismus" einmünde. (Röpke.)

Mit dieser hier völlig unbegründeten Furcht vor nicht marktkonformen Maßnahmen, Kollektivismus und Freiheitsvernichtung, versperren sich die Neuliberalen den Weg zur Lösung einer der brennenden Fragen der Gegenwart, der Beseitigung der Furcht von Millionen, früher oder später auch zu denen zu gehören, die in regelmäßig wiederkehrenden Abständen vom Produktionsprozeß ausgeschlossen und unverschuldet in Not und soziales Elend gestoßen werden. Eine neuliberale Wettbewerbsordnung, mit ihrem Grundsatz der Marktkonformität aller wirtschaftspolitischen Maßnahmen kann, selbst wenn sie realisierbar wäre, diesem Verlangen nach sozialer Sicherheit nicht genügen. Hier sind wirksamere Mittel nötig, die allein eine Politik der Vollbeschäftigung zu liefern vermag.

Dr. Ernst Erich Arndt

### Arbeitspsychologie

- 1) *Prof. Dr. Wilh. Hische, Arbeitspsychologie, Zur Bestgestaltung des Verhältnisses zwischen Mensch und Arbeit; Theorie-Systematik-Praxis; Verlag Weidemanns Buchhandlung, Hannover 1950. 212 Seiten, Preis: 14,80 DM.*
- 2) *Prof. Dr. A. Carrard und Mitarbeiter, Praktische Einführung in Probleme der Arbeitspsychologie. Rascher Verlag, Zürich (Schweiz) 1949, 303 Sexten, Preis zirka 20,- DM.*

Es ist jetzt schon 50 Jahre her, daß Hugo Münsterberg die Erkenntnisse der Psychologie in der Beurteilung des arbeitenden Menschen angewandt hat. Seit dieser Zeit ist der Mensch, der nichts anderes anzubieten hat als seine Arbeitskraft, immer wieder Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen. Das Ziel all dieser Untersuchungen, ob sie von psychologischen oder soziologischen Voraussetzungen ausgingen oder ob sie sich mit Systemen der Entlohnung und Arbeitsstudien befaßten, war die Produktionsleistung und ihre Steigerung.

Die Arbeitspsychologie befaßt sich mit der menschlichen Seite dieses Problemkreises. Die Arbeitsleistung des Menschen ist einerseits abhängig von seiner Eignung für den von ihm zu bewältigenden Arbeitsbereich und andererseits von den Beeinflussungsfaktoren zur Weckung der Leistungsbereitschaft. Die Arbeitspsychologie richtet demnach ihr Augenmerk auf diese beiden Gebiete, Eignung und Beeinflussung des arbeitenden Menschen. Hische spricht von der Anpassung des Menschen an die Arbeit und der Arbeit an den Menschen. Carrard hat die Kernprobleme: Eignungspsychologie und Ausbildung besonders herausgestellt und speziell behandelt.

Hische hat im Hinblick auf die Eignung an Hand eines Untersuchungsmaterials, das sich auf 1000 Eignungsuntersuchungen erstreckt, Eignungsgruppen herauskristallisiert. Er führte damit den Nachweis, daß „nicht individuelle Eignung in dem Sinne besteht, daß jedes einzelne Individuum anlagemäßig nur einem einzigen Beruf zugeordnet werden könnte; vielmehr besteht Gruppeneignung, d. h. im Regelfälle wird ein und dasselbe Individuum Immer für mehrere Berufe geeignet sein, nämlich für alle diejenigen Berufe, deren Anforderungen dem Strukturbild derjenigen Gruppen entsprechen, der das Individuum anlagemäßig gehört“ (S. 45). Sobald demnach die Eignung für eine Arbeitsgruppe feststeht, ist es mehr

eine Aufgabe der Betriebsorganisation, den einzelnen Arbeiter an den für ihn passenden Arbeitsplatz heranzuführen.

Die Beeinflussung des Menschen am Arbeitsplatz ist von verschiedenen Faktoren abhängig, so z. B. vom Milieu, der Arbeitszeit, dem Arbeitstempo oder der Qualität und Quantität der Produktion. Übung und Ermüdung sind weitere Faktoren, die bei der Arbeitsbelastung eine Rolle spielen. Doch zumeist bleibt zwischen Mensch und Arbeit ein „nicht anpassungsfähiger Rest“.

In der ganzen Darstellung wird das Bemühen des Autors, den Menschen und nicht nur das Objekt der betrieblichen Kostenrechnung zu sehen, besonders angenehm empfunden. In der allgemein verständlichen Form der Darstellung wird das Buch gerade dem Nichtpsychologen viele Anregungen und eine Bereicherung seines Wissens geben. Wer sich jedoch in die besonderen Probleme der Arbeitspsychologie vertiefen will, dem sei die Veröffentlichung von Carrard und seinen Mitarbeitern empfohlen.

Carrard geht von der „seelischen Entwicklung des Jugendlichen“ aus, legt die „Struktur des menschlichen Charakters“ dar und führt psychologische Untersuchungsmethoden an. Von der Seite der Berufserforschung her rollt er den Problembereich der Berufsberatung und der Personalauslese auf. Damit erhalten diese Ausführungen eine überbetriebliche Note, denen innerhalb des Betriebes die Probleme der Ausbildung zur Seite gestellt werden. In einem besonderen Teil werden die allgemeinspsychologischen Fragen berührt, die den Menschen in seiner sozialen Sphäre, der Gruppe oder Masse, behandeln. Dabei werden die „Menschenführung“ und insbesondere die Entlohnung als besondere Problembereiche dargestellt. Im Anhang befindet sich eine kurze Abhandlung der bekanntesten Systeme der Charakterkunde und Typenlehren. Die Gründlichkeit des gesamten Werkes sowie seine wissenschaftliche Konzeption wird in erster Linie den wissenschaftlich vorgebildeten Leser ansprechen. Doch werden jene Praktiker, die in besonderer Weise mit der Menschenauswahl und Stellenbesetzung betraut sind, hier viele Anregungen finden. Von entscheidender Bedeutung ist, daß hier deutlich die Forderung erhoben wird, den Psychologen zuerst auf seine Eignung zu prüfen, bevor er selbst sich als Prüfer betätigen kann.

Der arbeitende Mensch im Betrieb steht der Arbeitspsychologie mit einem berechtigten Mißtrauen gegenüber. Sie hat im Gefolge der Arbeitsstudien und Leistungsentlohnung im Betriebe Eingang gefunden. Die Leistung und ihre Steigerung wird zu häufig als ihr einziges Ziel betrachtet. Das Mißtrauen wird erst schwinden, wenn sie auch die Tragbarkeit der Arbeitsbeanspruchung für den arbeitenden Menschen berücksichtigt.

Dr. H. Heitbaum

### Herrschaft und Freiheit

*Alexander Rüstow, Ursprung der Herrschaft, Ortsbestimmung der Gegenwart* 1. Band. Eugen Rentsch Verlag, Erlenbach-Zürich 1950.

Alexander Rüstow, der während des Dritten Reiches an der Universität Istanbul war und jetzt die Nachfolge von Alfred Weber an der Universität Heidelberg angetreten hat, macht in seinem dreibändigen Werk „Ortsbestimmung der Gegenwart“ den großangelegten Versuch, auf dem Wege einer universalgeschichtlichen Kulturkritik die uns heute besonders bewegende Schicksalsfrage zu beantworten, wie es zu der Zweiteilung der Weltherrschaft gekommen ist, unter deren Spannung und Ungewißheit wir leben, und welche Folgerungen für uns als Demokraten zu ziehen sind, wenn wir den Entscheidungskampf zwischen der totalitären Diktatur und der freiheitlichen Demokratie bestehen wollen.

Rüstow geht bis auf die Anfänge der Menschheitsgeschichte zurück, um die Entstehung der bisherigen Hochkulturen zu ergründen und stellt fest, daß allen Hochkulturen die gewaltsame Überlagerung bestehender bäuerlicher Gemeinschaften durch Hirten- und Nomadenvölker vorangegangen ist. Es schichtete sich die Unkultur der Eroberer über die bestehende Kultur zivilisierter Pflugbauern und stabilisierte an Stelle der bisherigen patriarchalischen Gemeinschaften die auf Macht gegründete Gesellschaft feudaler Art, in welcher die überlagerte Bevölkerung die wirtschaftlichen Leistungen erbrachte, die der Herrscherschicht ein Leben ohne Arbeit ermöglichten. Aus dieser Überlagerungstheorie leitet Rüstow das Gesetz der Kulturpyramide ab, wonach alle Hochkulturen einen sehr erheblichen Grad von Arbeitsteilung und Spezialisierung voraussetzen, der nur erreichbar ist, wenn ganze Bevölkerungsgruppen freigesetzt sind und freigehalten werden für die verschiedensten Tätigkeiten höherer geistiger Art, die von der unmittelbaren Nahrungsproduktion mehr oder weniger weit entfernt liegen. Das ist nur bei großen Bevölkerungsgruppen möglich, die eben durch die gewaltsame Unterwerfung oder, anders ausgedrückt, durch die Überschichtung von kriegerischen Nomadenvölkern über die bäuerlichen Gemeinschaften entstehen konnten. Daher auch die Insignien der Herrschaft: das Zepter (aus der pflanzerischen Keule entstanden), der Hirtenstab und der Purpur (Blut)

des Königs mantels. Der berühmte alttestamentarische Fluch auf den Ackerbau bei der Vertreibung aus dem Paradies beweist nicht, daß die Arbeit schon immer und überall als Fluch empfunden worden wäre, sondern ist vielmehr der Ausdruck der nomadischen Unterwerfung des seßhaften Bauerntums und seines Zwanges zu schwerer körperlicher Arbeit, die den Nomaden vorhaßt und verächtlich war. Rüstow stellt folgerichtig fest, daß die Überlagerer zwar keine Kultur brachten, vielmehr Unkultur über vorhandene Kultur setzten, daß sie aber die Voraussetzungen für die Entstehung aller höher entwickelten Sozialgebilde und Kulturen schufen und für sich geltend machen können, daß auch die Erhaltung und Weiterentwicklung dieser Errungenschaften mit der Aufrechterhaltung einer hochgestaffelten hierarchischen Sozialstruktur steht und fällt.

Aus diesen grundsätzlichen Überlegungen heraus kann Rüstow feststellen, daß die Sozialfrage in ihren verschiedenen verhüllten und offenen Formen das große Menetekel aller durch Überlagerung entstandenen Sozialgebilde ist: und daher seit den ersten kriegerischen Eroberungen der Nomaden-Völker besteht. Was früher in den feudalen Machtgebilden die Aufgabe der unfreien Bauern, der Leibeigenen und der Sklaven war, das ist heute die Tätigkeit des Arbeiters im Großbetrieb, der nach Rüstow geradezu eine soziale Katastrophe bedeutet, eine Extensivierung und zugleich Intensivierung der Überlagerungsstruktur weit über alles bisher Dagewesene hinaus; die Organisationsform des Kleinbetriebes, etwa im mittelalterlichen Deutschland, hat diese Zuspitzung der sozialen Frage nicht gekannt. „Kleinbetrieb macht frei - Großbetrieb macht unfrei.“ Das soziale Ergebnis dieser Entwicklung ist die Auflösung der natürlichen Gemeinschaften, ein gesellschaftlicher Zerfalls-, Zersetzungs- und Auflösungsprozeß, eine Atomisierung, die zur Vermassung führt; denn Masse ist jede Anhäufung unverbundener oder ungenügend verbundener Individuen, der Zustand der Unterintegration.

Auch die Tatsache, daß der Feudalismus stets das Produktionskapital in den Händen weniger Besitzer, eben der Eroberer oder der herrschenden Klasse, vereinigte, wird von Rüstow auf die ursprüngliche Überlagerung zurückgeführt, die rein bäuerliche Verhältnisse vorfand und mit der Aufteilung des Kulturbodens unter die Eroberer begann. Da alle höhere geistige Kultur zwangsläufig voraussetzt, daß ihre Träger sich hauptberuflich auf sie konzentrieren und von körperlicher Arbeit für den Lebensunterhalt befreit sind, folgt aus dem Besitzmonopol das feudale Bildungsmonopol.

Die Erscheinungsformen des Imperialismus sind für Rüstow nicht eine Folge der Krisenempfindlichkeit des Kapitalismus, sondern die alte kriegerisch expansive Einstellung der herrschenden Schicht, entsprechend der ununterbrochenen Tradition der außenpolitischen Herrschsucht aller Eroberungsvölker „seit dem Sündenfall der Überschichtung“ von einst.

Mit der Geld- und Kreditwirtschaft konnten die durch die Naturalwirtschaft gesetzten Grenzen für das feudale Herrschaftssystem gesprengt werden. Nunmehr war es möglich, alle öffentlichen Abgaben in einer Zentralkasse des Herrschers zusammenfließen zu lassen und damit die militärischen und zivilen Herrschaftsbereiche aus dieser Zentralkasse zu besolden, was die Möglichkeit für große Erweiterungen der Herrschaftsbereiche schuf. Damit kam die Tendenz zur Bürokratisierung und später zum Volksheer auf, welche weitere Möglichkeiten zur Arbeitsteilung und zur Spezialisierung schufen und damit die Verstärkung herbeiführten, was die soziale Frage ins Katastrophale steigerte.

Rüstow stellt fest: „Wir stehen heute vor einem katastrophalen Rückfall in brutalste Überlagerung.“ Alle bisherigen Kochkulturen sind politisch untergegangen. Die letzte von ihnen, die abendländische Kultur, steht vor dem politischen Entscheidungskampf um ihre Existenz. Es wird darauf ankommen, daß sie die notwendige Kraftentfaltung auf geistigem, sozialem, politischem und militärischem Gebiete zustande bringt. Rüstow deutet an, daß wir die Gesellschaft, welche immer eine Form der Herrschaft ist, ersetzen müssen durch eine neue Form der Gemeinschaft, und daß wir den Versuch machen müßten, die Grenzen des Staates neu zu bestimmen. Die weitere Erörterung dieser Fragen ist den beiden anderen Bänden seines Werkes vorbehalten.

Ob die Grundthese von Rüstow richtig ist, wonach die gesamte kulturgeschichtliche Entwicklung der Menschheit nur zu verstehen ist, wenn man von der Tatsache der Überlagerungskulturen ausgeht, mag dahingestellt bleiben. Zweifellos ist dieser weitgreifende Gedanke außerordentlich fruchtbar, wie die Ausführungen von Rüstow beweisen, denen zu folgen ungewöhnlich reizvoll ist, weil sie auf alle kulturellen und geschichtlichen Tatbestände ein zum Teil überraschendes Licht werfen. Deshalb kann jedem, der sich ernsthaft mit der gegenwärtigen Lage Westeuropas befaßt, angelegentlich empfohlen werden, das ausgezeichnete Werk von Rüstow gründlich zu studieren. Erst nach dem Vorliegen der beiden nächsten Bände wird es möglich sein, zu dem Werk kritisch Stellung zu nehmen.

Dr. Heinrich Troeger